

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 86 (1992)
Heft: 4

Artikel: Sozialismus am Ende oder an einer Wende?
Autor: Schönherr, Annemarie
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143687>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialismus am Ende oder an einer Wende?

Annemarie Schönherr, die Verfasserin dieses Beitrags, gehört zu jenen Menschen, die noch in Alternativen denken und hoffen. Viele von uns haben die Theologin aus der ehemaligen DDR an der Basler Versammlung «Friede in Gerechtigkeit» vor bald drei Jahren gesehen und gehört. Ihre bewegende Vision eines kommenden Weltfriedens wirkt nach – auch in ihrem Text. Wir hatten Annemarie Schönherr um eine Deutung der seitherigen Entwicklung gebeten. Als Antwort erhielten wir diesen Vortrag, der vom Saarländischen Rundfunk am 18. September 1991 ausgestrahlt wurde. Im Begleitbrief gibt die Autorin ihrer Freude über die Neuen Wege Ausdruck – einer «Freude, die daher kommt, dass man in anderen Gegenden Europas den Terminus Sozialismus noch in den Mund und in den Kuli nehmen kann».

Red.

Auch die «Sieger» sind ratlos

Es war auf dem Ruhrgebietskirchentag im Juni dieses Jahres. Auf einem kleinen Podium im Essener Gruga-Park wurde *Ernesto Cardenal* gefragt, ob ihn das Scheitern des Sozialismus weltweit traurig mache. Seine knappe Antwort: «Nicht der Sozialismus, der Kapitalismus ist gescheitert, denn er hat bisher keins der grossen Weltprobleme zu lösen vermocht.» «Hoffnungsloser Träumer», murmelte ein Zuhörer neben mir. In der Tat ist die Antwort des Mannes aus Nicaragua erstaunlich in einer Zeit, in der Gesellschaftssysteme, die sich «sozialistisch» nannten, wie morsches Mauerwerk in sich zusammenfallen. Vielleicht kommt, der da leise protestierte, aus einem der neuen Bundesländer, wie ich. Dort ist der Begriff diskreditiert. Viele können ihn nicht mehr hören, und das ist verständlich. Dass der «real existierende Sozialismus» zu existieren aufgehört hat, freut die am meisten, die unter ihm gelebt und zunehmend gelitten haben. «Sozialismus? – Nein, danke» wurde zum erfolgreichen Wahlspot.

Unter dem Namen «*Diktatur des Proletariats*» und mit dem Anspruch, die Interessen der Arbeiter und Bauern zu vertreten, erstickte eine Einparteienherrschaft alle Ansätze zur Demokratie. Machtkonzentration verhinderte Machtkontrolle. Öffentliche Kritik und Meinungsfreiheit gab es nicht. Statt dessen herrschten Gängelei und In-

doktrination. Das System war ein nach dem Zweiten Weltkrieg «eingeflogenes», keins, für das seine Bürgerinnen und Bürger sich frei entschieden hatten. Es konnte nur bestehen, wenn es die individuellen Menschenrechte weitgehend missachtete. Dass die *sozialen Grundrechte* auf Arbeit, Bildung, Wohnung und medizinische Versorgung abgesichert waren (wenn auch nicht optimal), machte die Stärke des «real existierenden Sozialismus» aus. Leider erwies sich aber auch diese Stärke, die viele von uns positiv bewertet hatten, als Illusion. Die sozialen Massnahmen waren von der zentralistischen Planwirtschaft nicht gedeckt. Sie wäre in Kürze zusammengebrochen. Das wurde im Herbst '89 und danach überdeutlich.

Die Erleichterung über das Ende von Machtmissbrauch und Gängelung, von Korruption und ideologischem Druck – warum ist sie nicht ungebrochen? Ich sehe zwei Gründe dafür. Der erste hängt mit den hochgespannten Erwartungen zusammen, mit denen der grössere Teil der Bevölkerung die deutsche Vereinigung begrüsst hat. Aus der Täuschung ist *bittere Enttäuschung* geworden. Der zweite Grund liegt tiefer. Er kommt aus der Betroffenheit darüber, dass die Gegner des Sozialismus wie Sieger triumphieren. Als seien sie und ihr System bestätigt worden, als sei es bestenfalls kleiner Korrekturen bedürftig, als brauche niemand mehr über eine Alternative nach-

zudenken. Gewiss: Die bisherigen Erfolge in den Ländern der westlichen Welt scheinen ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsform als die bessere auszuweisen, weil sie die effizientere ist. Aber – ich zitiere Paul Frank, Staatssekretär a. D., Verhandlungspartner bei den Verträgen mit der CSSR, mit Moskau und Warschau in den siebziger Jahren: «Trotz einer seit Jahrzehnten steigenden Produktivität, trotz unwahrscheinlicher Steigerung des Nationaleinkommens der westlichen Industrieländer hat sich der Spätkapitalismus als unfähig erwiesen, die globalen Probleme in der Welt zu lösen oder wenigstens zu mildern.»

Der laute Triumph über den Gegner, über das feindliche alternative System, deckt zu, dass auch die «Sieger» ratlos sind gegenüber der Krise, in der die Welt steckt.

Umfassende Demokratisierung der Gesellschaft als Alternative

Das Unbehagen über einen strahlenden Optimismus, der die freie Marktwirtschaft unkritisch begrüsst, sitzt gerade bei denen tief, die die Fehler und Mängel des DDR-Sozialismus deutlich sahen und benannten. In den Texten der Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vom Frühjahr '89 in Dresden werden sie unverstellt angesprochen. Die Korrekturvorschläge und Forderungen drängten auf einen «*demokratischen Sozialismus*», auf eine umfassende Demokratisierung der eigenen Gesellschaft. Aber der Horizont, in dem das geschah, war weitgespannt. Option für die Armen, für die Gewaltfreiheit, für den Schutz und die Förderung des Lebens – so lauteten die vorrangigen Verpflichtungen. Bescheidene Ansätze zu einer wirklichen Neuorientierung – die Bibel nennt das «Umkehr» – sehen diese Texte im rasanten Tempo einer Einordnung in das westliche Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell untergehen. Ihre Einsicht, jede lokale Entscheidung und Aktion müsse heute im globalen Kontext bedacht und vollzogen werden, ist unpopulärer denn je. Kritik an einer Zivilisation des Fortschritts bringt keine Wählerstimmen.

Die Mehrzahl der Menschen möchte – trotz zunehmender Skepsis – auf den Zug aufspringen, der *individuelle Freiheit* ohne

Grenzen und *steigenden Wohlstand* als Ziele ausgibt. Dass der Zug auf einen Abgrund zurast, wenn wir seine Geschwindigkeit nicht drastisch drosseln, wird verdrängt. Das ist das Dilemma, in dem wir stecken. Die Kurzsichtigkeit, mit der Menschen «das Beste» für ihre Kinder wollen und ihnen gleichzeitig alle Lebensmöglichkeiten abschneiden, ist eine Realität, die den Zweifel daran, dass wir vernünftig zu handeln imstande sind, immer mehr nährt.

Bei Kurt Marti fand ich ein Zitat von Hans Henny Jahn aus dem Jahr 1929: «Es steht unbegreiflich einsam neben dem Zweibein sein Werk. Das er nicht nutzen, nicht geniessen kann. Das ihn nicht glücklich macht, ihn versklavt. Indem er die Welt verbrennt, die Landschaft zerstört.»

Wo Freiheit des Individuums, freier Markt und freie Wirtschaft *wie Götter* angebetet werden, gilt weiter: mehr Leistung, mehr Wachstum, mehr Profit, mehr Konsum – egal, was aus der Erde und aus kommenden Generationen wird.

Die Schere zwischen Armen und Reichen verbreitert sich

Die Schere zwischen Armen und Reichen verbreitert sich, auch in den Industrieländern. *Hohe Arbeitslosenzahlen* sind kühl einkalkuliert. Immer mehr Frauen und Männer werden von Sozialhilfe abhängig. In den neuen Bundesländern gab es eben noch die Sicherheit des Arbeitsplatzes. «Abgewickelt», «freigesetzt», «auf Kurzarbeit Null» – die neuen Euphemismen für Entlassung mildern den Schock der Arbeitslosigkeit nicht. Arbeitslosigkeit hinter dem Werkstor in der alten DDR erlebte man wenigstens gemeinsam. Viele fragen sich, was denn «sozial» heisst, wenn der neue Mietbescheid das fünf- bis siebenfache der bis jetzt gezahlten Miete fordert, wenn in der alten DDR geleistete Arbeit nicht angerechnet werden soll, wenn die Kaufkraft 37 Prozent von der in den Altbundesländern beträgt.

Frauen sind überall die *am härtesten Betroffenen*. Längst machen sie unter den Arbeitslosen mehr als die Hälfte aus. Alleinlebende Mütter mit Kindern sind kaum noch zu vermitteln. Bitterkeit und Frust arbeitsloser Männer entladen sich, besonders in den engen Hochhauswohnungen der Grossstäd-

te, zunehmend in Gewalt gegenüber Frauen und Kindern. Das erzählen Mitarbeiterinnen aus einem der überquellenden Frauenhäuser.

Eine boomende Wirtschaft mag die sozial Schwachen im eigenen Land noch eine Weile miternähren können. Aber was wird aus denen, die von draussen kommen und ihren Teil vom Wohlstandskuchen wollen? In Europa hat eine *neue Völkerwanderung* begonnen, deren zukünftige Ausmasse niemand berechnen kann. Einstufung, Katalogisierung, Abschottung, Abschiebung, Duldung – wie lange werden Gesetze greifen, die den Zustrom regulieren sollen? Wie lange werden die Menschen der sogenannten Zweidrittelwelt den «Eurozentrismus» geduldig ertragen, den sie immer klarer als Ursache ihrer wachsenden Verelendung erkennen?

Aruna Gnanadason aus Indien sagte im Mai '89 bei der Ökumenischen Versammlung in Basel, dass der *Dritte Weltkrieg* längst begonnen habe, als ein ökonomischer Krieg des Nordens gegen den Süden der Welt. Die darin millionenfach sterben, hören ganz still zu atmen auf, weil sie nichts zu essen haben. Dreissig Jahre Entwicklungshilfe haben die Abhängigkeit derer, denen geholfen werden sollte, so dramatisch erhöht, dass die jährlich fälligen Zinsen die einflussenden Summen um das Doppelte übersteigen. Und das Wahnsinnskarussell dreht sich weiter. Mir gehen Aruna Gnanadasons Anklagen nach und daneben eine Begegnung mit zwei Lateinamerikanern, die mir in Basel dafür dankten, dass ich die Sicherung der sozialen Menschenrechte im Sozialismus positiv erwähnt hatte, gleich gewichtig neben den individuellen. «Entweder es gibt eine Alternative, oder wir sind verloren», sagten sie.

Kapitalismus als «System der Sünde»

Auf der Weltversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in *Seoul* war viel vom «System der Sünde» die Rede. Damit wurde bezeichnet, was man gängig «Kapitalismus» oder «freie Marktwirtschaft» nennt. Dazu Carl Friedrich von Weizsäcker: «... das allbeherrschende Thema war der unstillbare Zorn des Südens der Menschheit über die ökonomische Diktatur des Nordens. In Europa und Nordamerika

verbreitet sich derzeit der Mythos, der Sozialismus sei am Ende. In dieser Versammlung aber wurde man nicht ernst genommen, wenn man ein gutes Haar am Kapitalismus liess.»

Angesichts der massiven Anklagen der Delegierten aus der Zweidrittelwelt verpflichteten die Versammelten sich und ihre Kirchen für «eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und für die Befreiung von der Last der Auslandsschulden; für wirkliche Sicherheit aller Staaten und Völker und für eine Kultur der Gewaltlosigkeit; für die Erhaltung der Erdatmosphäre und für die Entwicklung einer Kultur, die es erlaubt, in Harmonie mit der ganzen Schöpfung zu leben; für die Abschaffung von Rassismus und Diskriminierung auf allen Ebenen und im Interesse aller Menschen und für den Abbau von Verhaltensmustern, die die Sünde des Rassismus fortsetzen.»

Den Vätern der *sozialistischen Bewegung* war es um Gerechtigkeit für die Ärmsten gegangen. Sie hatten erkannt, dass diese nicht durch Appelle an die Reichen herstellbar ist. Darum forderten sie die wirksame Kontrolle der Gesellschaft über alle Produktions- und Verteilungsprozesse. Sie wollten den Krieg abschaffen. Und sie plädierten dafür, den «Mensch-Natur-Stoffwechsel» bewusst zu gestalten, um die Erde bewohnbar zu erhalten. Dass ihre Ideen in einem Desaster endeten, hat viele Gründe. Vielleicht war ein idealistisches Menschenbild der Kardinalirrtum, mit dem alle Fehlentwicklungen begannen.

Die Nähe der ursprünglichen sozialistischen Zielvorstellungen zu *biblischen Texten* ist unübersehbar. Ich habe deshalb aus den Dokumenten der Ökumenischen Versammlungen in der ehemaligen DDR, in Basel und in Seoul zitiert, die sich an den Visionen der hebräischen Bibel und des Neuen Testaments orientieren. Die Hoffnungsbilder vom Gelobten Land und von der festlichen Tischgemeinschaft erinnern heiles Leben im Bunde mit Gott und fordern dazu heraus, es zu gestalten. Wer solchen Hoffnungsbildern traut, bleibt ihnen verpflichtet und wird sich um Annäherung an sie bemühen – gegen alle mutnehmende Erfahrung.

Was wir nicht länger brauchen, sind eingefrorene Ideologien, sind «Ismen» mit

«Ein-für-allemal-Wahrheiten», die alle Widersprüche und Probleme auf dieser Welt für lösbar erklären. Aber auch kleine Korrekturen am Bestehenden sind keine wirkliche Hilfe.

Für ein «lebensgerechtes Miteinander»

Was wir brauchen – es ist oft genug gesagt worden – ist eine *neue Weltordnung*. Dass die sich nicht nach abgelebten Mustern erstellen lässt, hat spätestens der Golfkrieg gezeigt. Sie muss auf der Erkenntnis basieren, dass nationale und politische, religiöse und ökonomische Grenzen angesichts der gemeinsamen Bedrohung von Mensch und Natur eigentlich anachronistisch, zumindest zweitrangig geworden sind, spätestens seit Tschernobyl. Wir leben in einer Welt, wir sitzen in *einem* Boot. Daraus Konsequenzen zu ziehen, ist überlebensnotwendig. Solidarität aller mit allen, die «Kultur eines lebensgerechten Miteinander», wie Leonardo Boff seine Utopie nennt, wächst nicht von selber.

Unsere *demokratischen Möglichkeiten*, Gruppen und Bewegungen auf nationaler und internationaler Ebene zu bilden, die sich einmischen, sind längst nicht ausgeschöpft. Druck von unten ist nötig, damit die Politik nicht von der Wirtschaft und ihren Interes-

sen, sondern von Verantwortung für die Zukunft, vor allem nicht des Marktes, sondern des Menschen bestimmt wird. An der Diskussion über eine Balance zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl sind möglichst viele Frauen und Männer zu beteiligen. Alle Menschen zur Einsicht zu bringen, wird kaum gelingen. Deshalb hat die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Canberra gefordert, dass Wirtschaftsmächte und Wirtschaftspolitik heute «rechenschaftspflichtig» zu machen seien. Sie hat damit eine alte sozialistische Forderung aufgenommen.

Nur Schuldenerlass und die Möglichkeit, stimmberechtigt Einfluss auf die *Welthandelspolitik* nehmen zu können, wird den Ländern der Zweidrittelwelt zu ein wenig mehr Gerechtigkeit verhelfen. Rüstungsabbau und wirksame Kontrolle von Waffengeschäften sind dringlich. Strenge Umweltgesetze dürfen nicht länger auf die lange Bank geschoben werden. Eine Fülle internationaler Regelungen sind dringlich.

Wir brauchen eine neue Orientierung. Die Bibel nennt das «Umkehr». Sozialismus am Ende? So, wie wir ihn erlebten – ja, Gott sei Dank. Aber unsere entschlossene Wende hin zu den *humanen Aufgaben*, die die Väter der sozialistischen Bewegung sahen, steht noch aus.

Kirche und Weltwirtschaftsordnung

Ökumenisches Diskussionsforum

aus Anlass der Abstimmung über den **Beitritt der Schweiz zu IWF und Weltbank**

Freitag, 24. April 1992, 9.30–17.15 Uhr

- **Julio de Santa Ana**, Theologe und Soziologe aus Brasilien:
Die heutige Weltwirtschaft aus der Sicht der Armen
- Podium und Gruppen:
Weltwirtschaft als Herausforderung für kirchliches Handeln in der Schweiz
- Podium und Gruppen: Der Beitritt der Schweiz zu IWF und Weltbank

Das Forum wird getragen von: Caritas, Fastenopfer, Brot für alle, HEKS, Theologische Bewegung für solidarische Entwicklung, cfd, Justitia et Pax, Missionsgesellschaft Bethlehem, Religiös-sozialistische Vereinigung

Kontaktadresse für Programme:

HEKS, Ökumenisches Forum, Postfach 168, 8035 Zürich